

Nach den Wahlen '95 : mehr Parlamentarierinnen - aber noch lange keine Gleichstellung!

Autor(en): **Wenger, Susanne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **21 (1995)**

Heft 7

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-361855>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nach den Wahlen '95:

Mehr Parlamentarierinnen – aber noch lange keine Gleichstellung!



Aus Frauensicht fällt die Bilanz der eidgenössischen Wahlen «durchzogen» aus: Zugelegt haben die linken Frauen, bei den bürgerlichen Frauen jedoch herrscht Katzenjammer. Und bei einem Frauenanteil im Nationalrat von 21,5 Prozent kann von der gerechten Verteilung der politischen Machtpositionen nach wie vor keine Rede sein. Das Wahlergebnis belegt einmal mehr die Notwendigkeit von Quoten.

Beginnen wir mit dem Positiven: Der Frauenanteil im Nationalrat hat zugenommen. 43 Frauen schafften den Sprung in die grosse Kammer, das sind 8 mehr als 1991. Damit steigt der Frauenanteil von 17,5 auf 21,5 Prozent. Besonders deutlich zugenommen hat die Frauenvertretung aus dem Kanton Zürich, der 14 Frauen (von total 34 Gewählten) nach Bern schickt, darunter gleich 4 neue SP-Frauen. Auch im Kanton Genf und im Kanton Bern eroberten die SP-Frauen einen zusätzlichen Nationalrats-sitz. Christine Goll von der FraP! konnte im Kanton Zürich ihr Mandat halten.

Von den 46 Mitgliedern des Ständerates waren bisher lediglich 5 weiblich. 6 Frauen schafften nun die Wahl ins Stöckli. Mit den neuen Ständerätinnen Christiane Brunner (SP) und Françoise Saudan (FDP) stellt der Kanton Genf als erster Kanton eine rein weibliche Ständeratsdelegation. Im zweiten Wahlgang stellen sich 5 Frauen nochmals zur Wahl; am aussichtsreichsten ist die Position der Freisinnigen Vreni Spoerry, die, würde sie gewählt, zusammen mit Monika Weber (LdU) den Kanton Zürich verträte.

Wahl selber ist grösste Hürde

Gerade die Nichtwahl von Vreni Spoerry führt zu kritischen Fragen, die sich aus Frauensicht stellen. Spoerry gehört zu

den bekanntesten Schweizer Politikerinnen, ist Rechtsanwältin, sitzt in zahlreichen Verwaltungsräten, hat viele Medienauftritte. Und trotzdem wird sie nicht auf Anhieb zur Ständerätin gewählt. Warum? Die Antwort gibt eine kürzlich erschienene Studie des Bundesamtes für Statistik¹: Weder die geringere Wahlteilnahme von Frauen noch die fehlenden Kandidatinnen entscheiden letztlich über die Untervertretung von Frauen in politischen Ämtern. Frauen scheitern bei der letzten Hürde im Hindernislauf einer Wahl: Sie werden schlicht nicht gewählt. Gewählt wurde am 22. Oktober jeder 12. kandidierende Mann, aber nur jede 23. kandidierende Frau. So gibt es denn nach diesen Wahlen immer noch 12 Schweizer Kantone, die eine reine Männerdelegation ins Parlament schicken.

Radikale Frauenpositionen werden honoriert

Vor allem links-grüne Parteien stellen die Frauen. Bürgerliche Frauen konnten ihre Ansprüche kaum durchsetzen. Deutlich wurde dies etwa im Kanton Bern: Obwohl im Vorfeld der Wahlen zwei Kandidatinnen der SVP gute Wahlchancen eingeräumt wurden, zieht nun eine reine SVP-Männer-Delegation ins Bundeshaus ein. Aus einer Telefonbefragung bei 1000 Personen nach Schliessung der Urnen geht hervor, dass unter den SVP-WählerInnen nur gerade 16 Prozent mehr Frauen im Par-

lament wünschen. «Viele sind noch nicht bereit, Frauen zu wählen», meinte die Generalsekretärin der SVP, Myrtha Welti, ernüchtert. Die bürgerlichen Parteien sind aufgerufen, jetzt endlich – personell und thematisch – für die Verbesserung der weiblichen Wahlchancen zu sorgen, wie dies links-grüne Parteien seit Jahren und mit offensichtlichem Erfolg tun. Und die bürgerlichen Frauen sind aufgerufen, ihre Ansprüche noch deutlicher zu äussern. Denn klare Positionen, dies wurde gerade in diesen Wahlen deutlich, überzeugen die WählerInnen.

Verläuft der Frauenzuwachs im eidgenössischen Parlament weiter wie bisher, wird erst im Jahre 2030 die Parität erreicht sein. Im Frühling dieses Jahres wurde ein Beschleunigungsmittel eingereicht: Die politische Diskussion um die Quoteninitiative wird mit Verve geführt werden müssen! Ebenso klar ist jedoch, dass die Frauenförderungspolitik mit Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Ausbau der Sozialleistungen, Teilzeitarbeit, Infrastruktur für Familien etc.) einhergehen muss – und mit Gleichstellungsstellen, die politische Kompetenzen und ein ausreichendes Budget besitzen. ●

SUSANNE WENGER

1 Bundesamt für Statistik (Hg.): Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991, Bern 1994